

VERTRAULICHPB Nr. ~~5~~<sup>6</sup> - WE/CA

26. Juli 1993

**Togo: Demokratisierungsbemühungen führen ins Chaos, Wahlen als letzte Chance?  
(Schlussbericht)**

Als ich Ende 1989 zum ersten Mal nach Lomé reiste, präsentierte sich die Hauptstadt des kleinen westafrikanischen Landes von ihrer besten Seite: pulsierendes Leben in den recht gepflegt wirkenden Strassen, geschäftige Märkte mit reichhaltigen Auslagen, florierende Hotels und Restaurants voller Touristen aus ganz Europa sowie eine freundliche Bevölkerung prägten das Bild. Diese vermeintliche Idylle wurde allerdings durch den penetrant wirkenden Personenkult um General-Präsident Eyadéma gestört, dessen allgegenwärtige Präsenz mich stark an das Rumänien der siebziger Jahre erinnerte, als der Conducator in ähnlich aufdringlicher Weise seine vermeintlichen Triumphe feierte. Heute hat sich das Bild drastisch geändert: die Strassen in Lomé sind leerer geworden, nachdem viele Menschen ins benachbarte Ghana und Benin geflüchtet sind, die Märkte wirken, sofern noch vorhanden, armselig und die Touristen bleiben gänzlich aus. Indessen ist der Eyadéma-Kult sichtlich abgebaut worden und die vormals eingeschüchterten Menschen scheuen sich auch gegenüber Fremden nicht mehr vor kritischen politischen Äusserungen. Was hat sich in der Zwischenzeit ereignet?

Bis anfangs 1991 regierte der im Jahre 1967 an die Macht gekommene General Eyadéma mit eiserner Faust. Trotz mehrerer Umsturzversuche gelang es ihm, sich dank der ihm treu ergebenen Armee, die völlig von seiner eigenen Stammesgruppe, den hauptsächlich im Norden des Landes ansässigen Kabyé dominiert wird, als diktatorischer Präsident zu behaupten. Im Zuge der nach dem Kollaps des Sowjetsystems weite Teile Afrikas erfassenden Demokratisierungswelle kam auch er zusehends unter starken innenpolitischen Druck. Auch seine wichtigsten Geldgeber, Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten, die sein autoritäres Regime aus wirtschaftlichen und weltpolitischen Rücksichten bislang aktiv unterstützt hatten, machten ihm die Wünschbarkeit einer demokratischen Oeffnung klar. Eyadéma wurde in der Folge zur Einberufung einer Nationalen Konferenz nach beninischem Muster veranlasst, die im April 1991 stattfand und zur Ernennung einer Uebergangsbregierung unter der Leitung von Joseph Koffigoh,



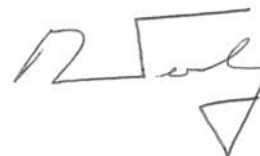
einem engagierten Bürgerrechtsaktivisten und renommierten Rechtsanwalt führte, in der auch die oppositionellen Kräfte vertreten waren. Es zeigte sich jedoch bald, dass der dadurch politisch weitgehend entmachtete Präsident und seine Getreuen sich nicht in die neue Situation schickten. Im Gegenteil sabotierten sie den von der Nationalen Konferenz beschlossenen Uebergangsprozess, wo immer sie konnten. Die Armee schreckte dabei auch nicht vor Gewaltakten gegen führende Oppositionelle und die Bevölkerung zurück, wobei zahlreiche Verletzte und Tote zu beklagen waren. Unter dem Eindruck dieser Terrorsituation rief die Opposition im November 1992 den Generalstreik aus, dem sich vor allem im Süden des Landes breite Bevölkerungskreise anschlossen. Da sich weite Teile des weniger entwickelten Nordens mehr dem bisherigen Regime verbunden fühlten, stand das Land seither am Rande des Bürgerkriegs. Obwohl im September 1992 eine neue demokratische Verfassung durch eine Volksabstimmung mit überwältigendem Mehr (98%) genehmigt worden war, gelang es Premierminister Koffigoh infolge der von der Armee geschürten Anarchie nicht, die von der Nationalen Konferenz beschlossenen demokratischen Wahlen termingemäss durchzuführen. Auf Druck der führenden westlichen Mächte kam es schliesslich zu Gesprächen zwischen Vertretern der wichtigsten Oppositionsparteien und Repräsentanten des Präsidenten resp. der Uebergangsregierung, die unter der Schirmherrschaft des Präsidenten von Burkina Faso, Blaise Campaore, in Ouagadougou stattfanden. Am 11. Juli 1993 konnte ein Abkommen über die Durchführung von Präsidentschaftswahlen am 25. August unterzeichnet werden, das von Eyadéma ausdrücklich genehmigt worden ist. Als Hauptkontrahenten werden sich Eyadéma und der ehemalige OAU-Generalsekretär Edem Kodjo gegenüber stehen, der von 26 verschiedenen Oppositionsgruppen als gemeinsamer Kandidat nominiert wurde. Ausserdem hat auch der recht populäre Gilchrist Olympio, Sohn des ersten Präsidenten von Togo, mittlerweile seine Kandidatur angemeldet. Daneben gibt es noch zwei weitere, aussichtslose Anwärter. Laut dem Abkommen von Ouagadougou wird sich die togolesische Armee für die Wahlen in die Kasernen zurückziehen und Neutralität bewahren. Frankreich und Burkina Faso werden Militärbeobachter entsenden, um die Einhaltung des Abkommens zu gewährleisten.

Mit dem Abschluss des Abkommens von Ouagadougou ist vorläufig Normalität in Togo eingeleitet, doch haben die Wirren der letzten zwei Jahre und insbesondere der Generalstreik seiner Wirtschaft schwer zugesetzt. 250'000 Menschen sollen sich noch immer als Flüchtlinge in den Nachbarländern aufhalten. Der grösste Teil der letztjährigen Kaffee-, Kakao- und Baumwollernte ging verloren, die Phosphatindustrie kam zu einem Stillstand und das Bankensystem funktionierte nicht mehr. Dadurch verlagerte sich ein signifikanter Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit in den informellen Sektor, was seinerseits zu einer erheblichen Einbusse des Fiskaleinkommens geführt hat. Unter den gegebenen Umständen werden die bevorstehenden Wahlen als "letzte Chance für das Land" betrachtet; die Aussichten für eine dauerhafte demokratische Wende erscheinen allerdings gering. Die Opposition ist nach wie vor gespalten und konnte sich nicht auf einen einzigen Kandidaten einigen, weshalb Präsident Eyadéma gute Chancen eingeräumt werden, das Rennen zu machen. In diesem Falle dürfte er versuchen, sich das Land mit Brachialgewalt wieder gefügig zu machen. Sollte jedoch ein Oppositionskandidat den Sieg davon tragen, ist es im Lichte der Ereignisse der letzten zwei Jahre ziemlich unwahrscheinlich, dass sich Eyadéma und die hinter ihm stehende Armee dem Verdikt des Volkes beugen werden. So oder so ist demnach zu erwarten, dass das von Eyadéma immer wieder als die "Schweiz Afrikas" bezeichnete Land noch für längere Zeit nicht zur Ruhe kommen wird. Die nach wie vor



zwischen dem Regierungslager und den unter sich zerstrittenen Oppositionskräften herrschende Unversöhnlichkeit lässt für die Zukunft jedenfalls nicht viel Gutes erwarten. Sowohl die der Militärdiktatur nahestehenden Gruppierungen ("sensibilité présidentielle) wie die Opposition rechnen im Falle eines Wahlsieges der Gegenseite damit, dass dann zu einer rücksichtslosen Abrechnung mit dem andern Lager geschritten wird, die allenfalls in einen tribalistischen Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd ausmünden könnte, zumal sich die demokratische Oppositionsbewegung vor allem aus den im Süden dominierenden Ewé rekrutiert, die etwa doppelt so zahlreich sind wie die mehr konservativ eingestellten Kabyé im Norden, die sich nach der militärischen Zucht und Ordnung der Vergangenheit zurückzusehen scheinen (Gesamtbevölkerung: rund 4 Millionen).

In aussenpolitischer Hinsicht war Togo seit jeher pro-westlich eingestellt und unterhielt besonders enge Beziehungen mit den beiden ehemaligen Kolonialherren Frankreich und Deutschland sowie den USA. Dementsprechend war die Wirtschaftspolitik unter der Aufsicht des IWF und der Weltbank auf die Förderung privatwirtschaftlicher Strukturen ausgerichtet. Togo spielte seinerzeit auch eine massgebende Vermittlerrolle bei der Lösung von Konflikten zwischen Libyen und Tschad sowie Senegal und Mauretanien. Die systematische Sabotierung des Demokratisierungsprozesses durch Eyadéma und seine Streitkräfte führte schliesslich zu einer Suspendierung der Hilfe durch die drei Westmächte. Lange Zeit war es Eyadéma trotz seiner antidemokratischen Einstellung gelungen, das Vertrauen des offiziellen Frankreichs zu bewahren, das offensichtlich mehr an Stabilität als an Rechtsstaatlichkeit in Togo interessiert zu sein schien. Als dann die Ereignisse in eine Anarchie zu münden drohten, bemühte sich Paris, den ihm langsam lästig werdenden General mit vermehrtem Druck unter die Kandare zu nehmen. Vorläufiges Ergebnis dieser Politik ist das oben erwähnte Abkommen von Ouagadougou, das ein aktives Engagement Frankreichs zugunsten der Demokratisierung des Landes beinhaltet, sollen doch die aufgrund dieses Abkommens von Paris entsandten militärischen Beobachter gewährleisten, dass die togolesische Armee die Wahlvereinbarung respektiert.



(Thomas Wernly)

